

Staatsverdrossenheit: „Schon in Ordnung“

Von einer „Staatsverdrossenheit“ unter den Bundesbürgern reden Bonner Politiker, als sei sie ein sicheres Faktum. Das Münchner Meinungsforschungsinstitut Infratest kommt in einer unveröffentlichten Umfrage zu einem anderen Ergebnis: „Es gibt keine grundlegende Skepsis, die als ‚Staatsverdrossenheit‘ bezeichnet werden kann.“

test kommt in einer unveröffentlichten Umfrage zu einem anderen Ergebnis: „Es gibt keine grundlegende Skepsis, die als ‚Staatsverdrossenheit‘ bezeichnet werden kann.“

Unsere Gesellschaft ist im großen und ganzen schon in Ordnung. Am besten läßt man sie so, wie sie ist.“ Eine Zweidrittelmehrheit der Deutschen (70 Prozent) ist dieser Meinung, stellte das Münchner Institut Infratest im vergangenen Monat fest.

„Ich sehe keine ernsthafte Bedrohung für unsere Zukunft. Wir werden mit unseren Problemen schon fertig werden.“ Diese Ansicht vertreten laut Infratest etwa ebenso viele Bundesbürger (67 Prozent).

Und noch weit mehr Befragte (76 Prozent) sind „mit der Partei zufrieden, die ich beim letztenmal gewählt habe“. Eine zufriedene Mehrheit der Wähler gibt es bei den Oppositionsparteien CDU und CSU wie bei den Regierungsparteien SPD und FDP.

Ist das jene „Staatsverdrossenheit“, die zu einem Standardthema vieler Politiker und Leitartikler geworden ist? Sie reden und schreiben darüber, als sei sie ein so sicheres Faktum wie Energiekrise und Arbeitslosen-Million.

Das Thema ist en vogue. Bundespräsident Walter Scheel höchstselbst griff jüngst das „Wort von der Staatsverdrossenheit“ auf, „das gegenwärtig die Runde macht“.

Sein Eindruck: „Die Menschen werden nicht nur mit dem Staat, mit den politischen und gesellschaftlichen Organisationen, mit unserer Konsum- oder Leistungsgesellschaft, mit diesem oder jenem unzufrieden, sondern mit ihrem Leben insgesamt.“

So auch SPD-Parteichef Willy Brandt: „Wer aufmerksam hinhorcht, kann nicht leugnen, daß es hier und da neue Anzeichen für Staatsverdrossenheit gibt und daß die Identität zwischen Staat und Bürgern noch nicht als gesichert gelten kann.“

Und letzte Woche, in der Haushaltsdebatte des Bundestages, hantierte Oppositionsführer Helmut Kohl ebenso mit dem gängigen Wort.

Ob die Partei- und Staatsspitzen recht haben und die Bundesrepublik tatsächlich zu einer Verdrüssgesellschaft geworden ist, versuchte Infratest zu klären.

Das Ergebnis: „Es gibt Unzufriedenheit mit der Regierung, aber nicht mit dem Staat, mit der einen oder der anderen Partei, aber nicht mit dem Parteiensystem. Es gibt insgesamt keine grundlegende Skepsis, die als ‚Staatsverdrossenheit‘ bezeichnet werden könnte.“

So kommentiert der Münchner Meinungs- und Sozialforscher Werner Sörgel die Zahlen des Instituts. Er hat sich

auf die Analyse politischer Umfragen spezialisiert.

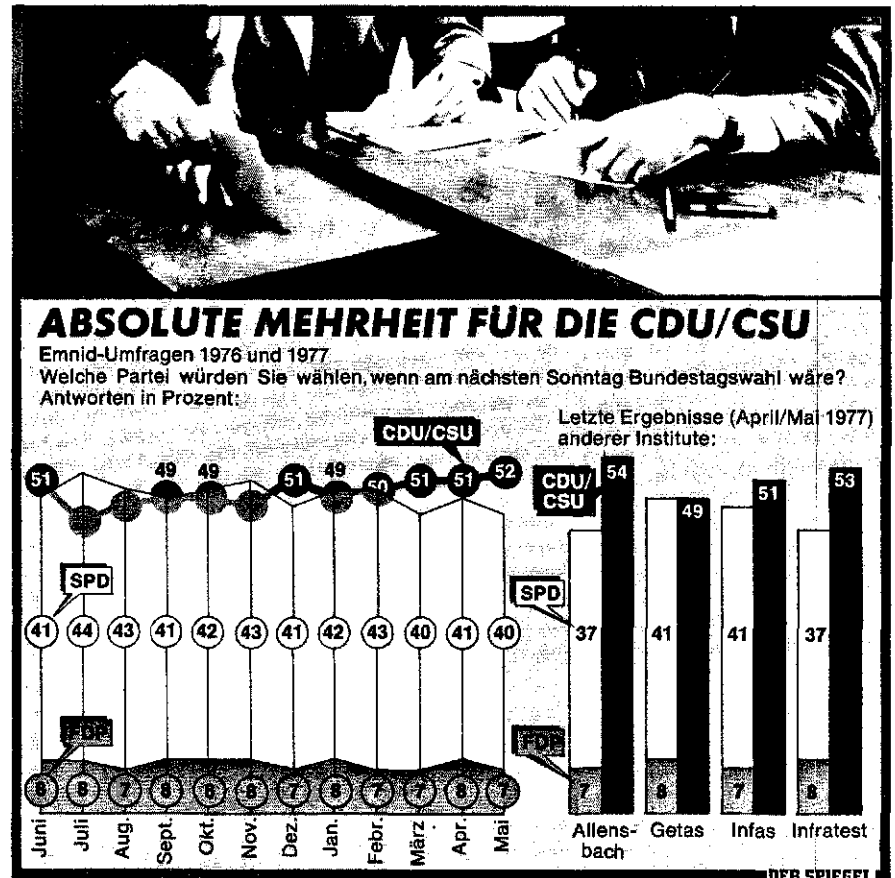
Vielen Politikern droht ein beliebtes Argument verlorenzugehen. Denn zweifellos ist es angenehmer, die allgemeine Verdrossenheit an Staat und Gesellschaft zu beklagen, als sich präzise die Unzufriedenheit der Bundesbürger über eigene Fehler nachweisen zu lassen.

Bestätigt wird der Infratest-Befund von Umfragen anderer führender deut-

Monat um Regierung, SPD und FDP noch schlechter bestellt, als bislang bekannt geworden ist.

▷ Dem Meinungs-Tief der Regierung entsprach zu keiner Zeit ein Hoch der Opposition in dem Sinn, daß eine Mehrheit der Wähler sie für besser geeignet gehalten hätte.

▷ Seit etwa Ende April hat sich allem Anschein nach ein Meinungsumschwung vollzogen, der bisher öf-



scher Institute. Dem SPIEGEL lagen ebenfalls unveröffentlichte Ergebnisse von Emnid (Bielefeld), Infas (Bonn), Getas (Bremen) und Sample (Hamburg) vor.

Und auch in anderer Hinsicht entspricht das Bild von der Volksmeinung, das sich aus den Daten der Demoskopien gewinnen läßt, kaum den Vorstellungen, die sich die deutschen Zeitungsleser in den letzten Monaten machten. Die wichtigsten Unterschiede (siehe Graphiken*):

▷ Seit der Bundestagswahl im Oktober 1976 war es fast Monat für

fentlich nicht wahrgenommen wurde.

▷ Es gibt zwar keine Verdrossenheit der Bürger am Staat, wohl aber an der „Politik“. Doch diese Einstellung ist alles andere als neu.

Um das Thema „Staatsverdrossenheit“ zu ergründen, legte Infratest 1800 Männern und Frauen, repräsentativ für die Bundesbürger ab 18 Jahren, etliche Statements vor.

Sie stammten aus einer Umfrage im November 1973, und Krisen-Zeiten waren es auch damals: In jenem Monat wurde die Welt von der Ölkrise geschockt. Titel-zeilen der vier SPIEGEL-Ausgaben im November 1973:

* Die Antworten summieren sich im Text und in den Graphiken nicht immer auf 100. Rest dann: keine oder andere Angaben.

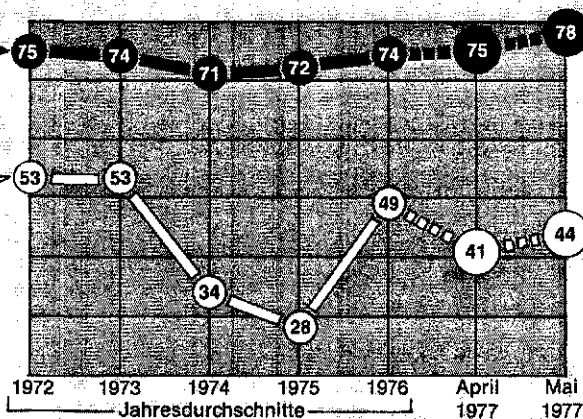
NEUE HOFFNUNG?

Bundesbürger zur wirtschaftlichen Lage:

Es beurteilen die eigene wirtschaftliche Situation „gut“ oder „sehr gut“

Es beurteilen die allgemeine wirtschaftliche Lage „gut“ oder „sehr gut“

Infratest-Umfragen Angaben in Prozent



DER SPIEGEL

„Die Erdölcrise“, „Ölscheich gegen Europa“, „Ende der Überflugsellschaft“ und „Stopp für Deutschlands Autofahrer“.

Gleichwohl bekundeten sowohl im November 1973 wie im Mai 1977 die meisten der von Infratest befragten Bundesbürger ihr Vertrauen in Staat und Zukunft.

Bei einigen Fragen war die Mehrheit, die sich optimistisch äußerte, im letzten Monat sogar noch größer als vor dreieinhalb Jahren. So finden nicht 57 Prozent wie 1973, sondern 70 Prozent der Bundesbürger „unsere Gesellschaft schon in Ordnung“.

Auch andere Institute bemühten sich um Vergleichszahlen. Getas (Bremen) fragte im März 1975 und im März 1977 nach der Einstellung „zur Demokratie in der Bundesrepublik, das heißt zu unserem ganzen politischen System“. Vor zwei Jahren erklärten sich 81, jetzt 75 Prozent der Befragten für „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“.

Ob es wachsende Verdrossenheit in den letzten Monaten gegeben hat, läßt sich an Zahlen des Bonner Infas-Instituts ablesen. Es meldete für Oktober 1976 und für Mai 1977 etwa gleiche Werte:

64 Prozent der Befragten (im Oktober: 69 Prozent) widersprachen der Ansicht: „Die ganze Politik ist heute so kompliziert, daß ich mich kaum noch dafür interessiere, was alles passiert.“ Nur eine Minderheit von 26 Prozent (im Oktober: 21) machte sich diese Auffassung zu eigen, die in etwa der Stimmung eines staatsverdrossenen Bürgers entspricht.

Dabei wäre Staatsverdrossenheit eigentlich für viele Bundesbürger die logische Konsequenz aus der derzeitigen politischen Situation.

Denn zumindest seit dem Kanzlerwechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt im Mai 1974 war die Unzufriedenheit mit der Regierung und den Koalitionsparteien nie so groß wie im

Jahre 1977, und die meisten Bundesbürger sehen in Kohls CDU und der Strauß-CSU keine attraktive Alternative.

In welches Meinungstief die Koalitionsparteien seit ihrem Wahlsieg im letzten Herbst gesackt sind, zeigt ein Vergleich der Daten für den Wahlmonat, den Oktober 1976, und für April 1977.

Die Zahl der Bundesbürger, bei denen die Regierung ein „gutes Ansehen“ genoß, ging laut Infas von 47 auf 30 Prozent zurück (16 Prozent: „schlechtes Ansehen“, 49 Prozent: „teils, teils“).

Mit der Regierung „im großen und ganzen zufrieden“ waren laut Emnid im Oktober 33 Prozent, im April nur noch 22 Prozent der Wähler („teils, teils“: 56 Prozent, „nicht zufrieden“: 21 Prozent).

Immer wenn Infratest im Herbst 1976 anhand einer Skala von minus 5 bis plus 5 um ein Urteil über die Lei-

stung der Bundesregierung bat, wurden Werte zwischen 1,2 und 1,4 ausgezählt. Seit Februar 1977 reduzierten sie sich auf knapp die Hälfte und kamen — mit 0,4 bis 0,6 — dem Nullpunkt nahe.

Die Volksmeinung über die innere Situation der SPD verfinsterte sich ebenfalls. Im Oktober hielten laut Infas etwa gleich viele Bundesbürger diese Regierungspartei für „geschlossener“ oder für „zerstrittener“ als früher (38 und 36 Prozent). Sechs Monate später, im Mai, nannte eine Mehrheit von 72 Prozent die SPD „zerstrittener“ als früher („geschlossener“: 11 Prozent).

Entsprechend änderten sich auch die Antworten auf die sogenannte Sonntagsfrage der Meinungsforscher: „Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?“ 50 Prozent für die CDU/CSU registrierte Infas schon im November 1976, andere Institute folgten im Januar. Seither enden fast alle Umfragen mit der absoluten Mehrheit für die Unionsparteien.

Für die SPD ergaben sich Niedrigstwerte von 35 Prozent (Infratest), 38 Prozent (Infas) und 37 Prozent (Allensbach). Ein so geringes Potential bei Umfragen hatte die SPD zuletzt zu Beginn des Jahres 1974, auf dem Höhepunkt der Energiekrise und kurz vor dem Kanzlerwechsel. Und bei Bundestagswahlen hatte sich die SPD zuletzt 1965 mit einem so geringen Anteil an den Wählerstimmen begnügen müssen.

Auch mit den 7 bis 8 Prozent, die derzeit die Meinungsforscher der FDP zusprechen, würde es nicht zu einem neuen Wahlsieg reichen.

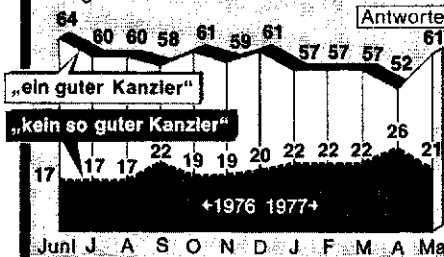
Freilich: Absolute Mehrheiten für die Opposition sind bei Meinungsumfragen vor und insbesondere nach Bundestagswahlen durchaus kein Novum. Noch im April und Mai 1976, fünf Mo-

GUTER KANZLER?



Frage: Ist Helmut Schmidt Ihrer Meinung nach ein guter Bundeskanzler oder kein so guter Bundeskanzler?

Frage: Sind Sie mit der Politik von Bundeskanzler Helmut Schmidt im großen und ganzen einverstanden oder nicht?



„einverstanden“

Oktober 1976

Mai 1977

„nicht einverstanden“

Oktober 1976

Mai 1977

Infas-Umfragen

nate vor der Wahl, lag die CDU/CSU nach den Umfragen mehrerer Institute vor SPD und FDP.

Und daß einige Zeit nach Bundestagswahlen die Zahlen für die Regierungsparteien rückläufig sind, gilt unter Fachleuten als normal. Dazu Sörgel: „Der Rückgang des Wählerpotentials resultiert nach allen Wahlen aus einer Enttäuschung hochgespannter Erwartungen, wie sie in jedem Wahlkampf geweckt werden. Aber keine Regierungspartei kann all diese Erwartungen erfüllen.“

Neu ist an den 1977er Zahlen der Demoskopien für die Parteipräferenz, daß sie der Opposition einen relativ großen Vorsprung attestieren. Und neu ist auch, daß bei anderen Fragen, etwa nach Vertrauen und Zustimmung, der Abwärtstrend der Koalition lange anhält.

Damit allein ist allerdings die politische Situation des Jahres 1977 nicht hinreichend beschrieben. Gekennzeichnet ist sie außerdem von starken Schwankungen in Einzelfragen, die von Unsicherheit und Unruhe unter vielen Bundesbürgern zeugen, und von Stagnation, wenn es um die Grundeinstellung zur Opposition geht.

Eine Fülle von Ereignissen stürmte seit den Oktober-Wahlen auf die Bundesbürger ein. Nur wenige wirkten sich negativ für die Opposition aus. Im November etwa, als die CSU in Wildbad Kreuth die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufkündigte, schlug die Stimmung gleich um — allerdings nur für kurze Zeit. Das Erscheinungsbild der CDU/CSU wurde häufiger „schlecht“ als „gut“ genannt, in allen Monaten zuvor und danach war es umgekehrt.

Die meisten Ereignisse hatten nachteilige Folgen für die Regierung und die Parteien SPD und FDP. Das gilt für das Rentendebakel wie für die Generalsaffäre, für den Wechsel der Regierungschefs in Hessen und in West-Berlin, für den Sieg der CDU bei den Kommunalwahlen in Hessen, für den Streit um den Juso-Chef Benneter und für den Mord an Generalbundesanwalt Buback.

Doch was auch immer geschah und wie stark auch das Vertrauen in die Regierung schwand, unverändert traute wie eh und je nur jeder dritte Deutsche der CDU/CSU-Opposition zu, die Aufgaben besser lösen zu können als die derzeitige Regierung.

Und auch andere Zahlen für die Opposition änderten sich kaum. Lediglich bei der Sonntagsfrage, welche Partei sie wählen würden, entschieden sich mehr Bundesbürger für die Unionsparteien — zum Teil wahrscheinlich nur aus Enttäuschung über die Regierungsparteien.

Es bietet sich ein eigenartiger Kontrast. Etwa gleich groß sind zwei Mehrheiten, von denen die eine die CDU/CSU wählen würde und die andere im Kanzler-Amt lieber Schmidt

ZUFRIEDEN IN DIE ZUKUNFT?



Infratest-Fragen zur politischen Situation (Antworten in Prozent)

Unsere Gesellschaft ist im großen und ganzen schon in Ordnung. Am besten läßt man sie so, wie sie ist.



Auf die sozialen Maßnahmen unserer Regierung kann man sich verlassen.



Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was der kleine Mann sagt und denkt.



Es gibt keine großen Unterschiede zwischen den politischen Parteien.



Ich bin mit der Partei, die ich beim letzten Mal gewählt habe, zufrieden.



Ich sehe keine ernsthafte Bedrohung für unsere Zukunft. Wir werden mit unseren Problemen schon fertig werden.



In der Politik kann man sich nicht zu recht finden, weil das meiste hinter den Kulissen passiert.



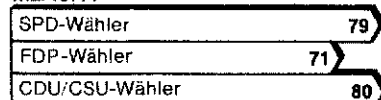
Politik ist ein schmutziges Geschäft.



Das wichtigste für eine Partei sind Einigkeit und Geschlossenheit.



Mai 1977:



als Kohl sieht (letzte Prozente im Mai: 50 für Schmidt, 36 für Kohl).

Dieser Widerspruch erklärt sich nicht nur aus der Tristesse der Bonner Opposition, sondern auch aus einer Wahrheit, die schon zu Adenauers Zeiten galt: Der jeweilige Bundeskanzler steht in der Volksgunst höher als die Regierung, die er führt, und als die Partei, der er angehört.

In den ersten drei Monaten des Jahres 1977, als Schmidts Partei in den Tabellen der Meinungsforscher schon unter die 40-Prozent-Marke geriet, hielten weiterhin 57 Prozent der Bundesbürger Schmidt für einen „guten Kanzler“, und 61 Prozent sprachen ihm bei einer entsprechenden Infas-Frage ihr Vertrauen aus (Mißtrauen: 35 Prozent).

Dann allerdings, Anfang April, schien es, als würde auch Schmidt in den Strudel gerissen. Doch etwa einen Monat später muß sich — wenn die Zahlen nicht trügen — ein Meinungsumschwung zugunsten der Regierung und der Koalitionsparteien vollzogen haben. Daten der Institute Infas und Infratest:

- ▷ Die Popularität Helmut Schmidts, gemessen auf einer Skala von minus 5 bis plus 5, stieg von 1,5 auf 1,9 und kam damit 1976er Werten wieder nahe.
- ▷ „Gutes Ansehen“ genießt die Bundesregierung bei 36 von 100 Befragten (April: 30); daß sie mit ih-

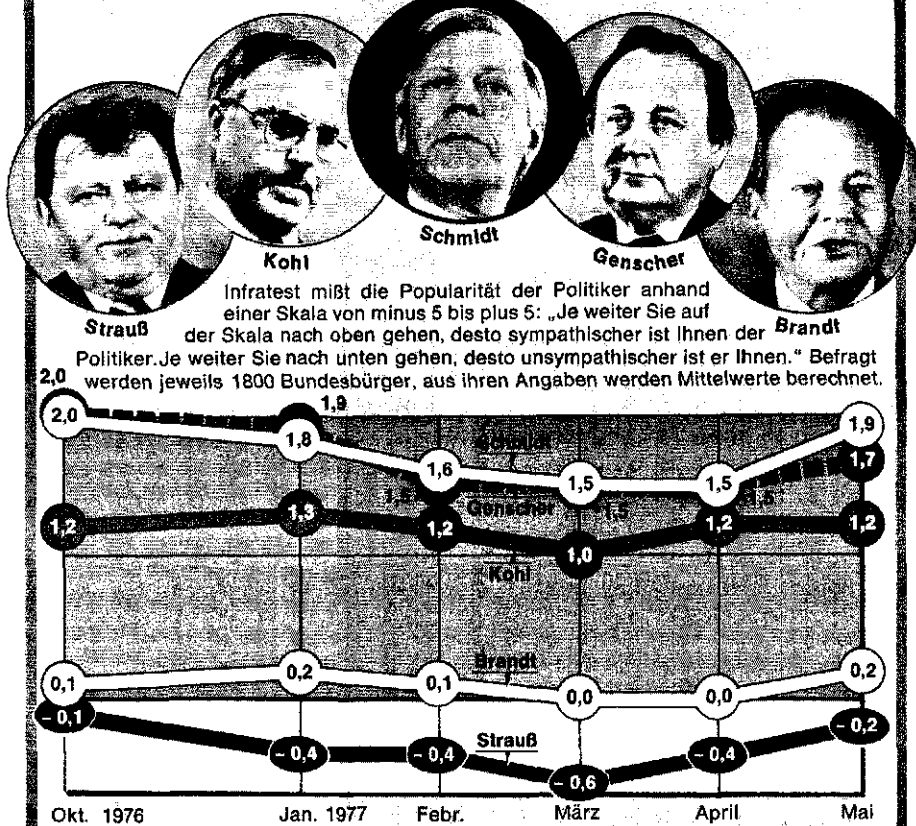
ren Aufgaben „gut“ oder „eher gut“ fertig wird, meinen 51 (April: 46) Prozent.

- ▷ Daß Schmidt „ein guter Bundeskanzler“ ist, meinen nicht mehr 52, sondern 61 von 100 Deutschen.
- ▷ Bei den Partei-Zahlen hat sich der Abstand zwischen den Oppositions- und den Regierungsparteien (der sich laut Emnid vergrößerte, siehe Graphik Seite 25) laut Infratest von 12 Prozent-Punkten im April (CDU/CSU 55, SPD 35, FDP 8) auf immer noch 8 im Mai verringert (CDU/CSU 53, SPD 37, FDP 8).

Selbst Fachleute können diese neuen Zahlen nicht recht erklären. Einige führen sie auf das Londoner Gipfeltreffen zurück, das den ersten Kontakt Schmidts mit dem neuen US-Präsidenten Carter brachte. Andere verweisen auf das 16-Milliarden-Programm der Bundesregierung für Zukunftsinvestitionen. Denkbar ist auch, daß sich ein anderer Zusammenhang auswirkt:

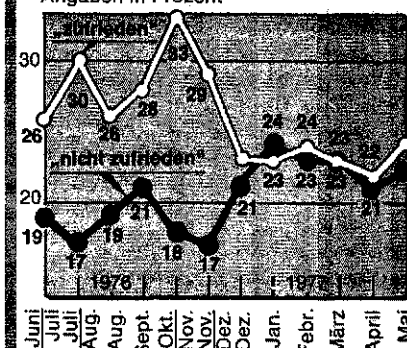
Erhöht hat sich laut Infratest die Zufriedenheit der Bundesbürger mit der wirtschaftlichen Situation. Es könnte sich bewahrheiten, was die Getas-Meinungsforscherin Barbara von Harder schon seit langem beobachtet: „Je negativer die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage, um so eher kann die CDU/CSU mit Zuspruch rechnen.“ Grund: Nach Getas-Untersuchungen

ERSTER AUFWIND?



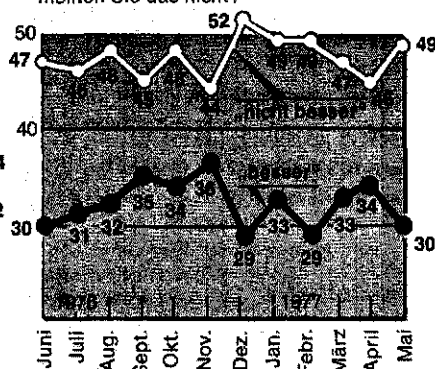
Mit der Regierung zufrieden?

Frage (Emnid): Sind Sie mit der Bundesregierung im großen und ganzen zufrieden, nur zum Teil zufrieden oder nicht zufrieden?
Angaben in Prozent



Opposition besser geeignet?

Frage (Infas): Meinen Sie, daß die Opposition die Aufgaben und Probleme heute besser bewältigen könnte oder meinen Sie das nicht?



„erreicht die CDU/CSU bei wirtschaftspolitischen Problemen eine höhere Zumessung an Leistungskompetenz als andere Parteien“.

Aber nicht nur die Gründe für den Meinungsumschwung sind ungewiß. Offen ist auch, ob er stark genug ist, neue Rückschläge — etwa einen längeren Streit in der SPD-Spitze — zu überdauern.

Denn sowenig die Deutschen staatsverdrossen sind, so wenig entspricht ihr Demokratieverständnis idealen Vorstellungen. Auch hierfür lieferte die Infratest-Umfrage vom Mai 1977 handfeste Indizien.

Auf den ersten Blick scheinen einige Statements sogar die Staatsverdrossen-

heit zu bestätigen. Denn Zweidrittelmehrheiten pflichteten folgenden Ansichten bei:

- ▷ „In der Politik kann man sich nicht zurechtfinden, weil das meiste hinter den Kulissen passiert.“
- ▷ „Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was der kleine Mann sagt und denkt.“

Und etwa jeder zweite stimmte sogar dem Statement zu:

- ▷ „Politik ist ein schmutziges Geschäft.“

Aber nicht eine Abkehr vom Staat ist es, die hier zum Ausdruck kommt. Es ist vielmehr jene uralte deutsche Aversion gegen die Politik, die sich sozusagen

von einer Generation zur anderen vererbt. Dabei verträgt es sich für viele, die Politik für schmutzig zu erklären und doch positiv über die Regierung oder über die Opposition (oder über beide) zu urteilen.

Einer gründlichen Untersuchung bedürfte es, wollte man klären, ob die abfällige Meinung nur noch ein überkommenes Vorurteil ist, das die eigene Einstellung gar nicht mehr prägt. Viel spricht dafür, daß es so ist.

Jedenfalls darf dieses Desinteresse an Politik nicht mit Staatsverdrossenheit gleichgesetzt werden. Das zeigt ein Vergleich der Befragten je nach Schulbildung. Zwei ganz verschiedene Trends zeichnen sich dann ab: Je geringer die Schulbildung ist, desto größer ist einerseits das Vertrauen in die Gesellschaft („Schon in Ordnung“ sagen ehemalige Volksschüler häufiger als Akademiker), desto größer ist aber auch die Distanz zur Politik.

Ein gewichtiges Problem machten die Antworten auf zwei Statements deutlich, die einander zu widersprechen scheinen und trotzdem beide eine Mehrheit fanden:

- ▷ „Auseinandersetzungen innerhalb einer Partei sind ein gutes Zeichen, denn das gehört zur Demokratie.“ Im Jahr 1973 stimmten 82 Prozent der Befragten zu, im Mai 1977 waren es noch 73 Prozent.

- ▷ „Das Wichtigste für eine Partei sind Einigkeit und Geschlossenheit.“ Die Mehrheit, die diese Meinung teilt, hat sich beträchtlich erhöht, von 65 auf 85 Prozent.

Diese doppelte Mehrheit läßt sich zwar erklären als Folge doppelgleisigen Denkens: Einerseits wird die innerparteiliche Demokratie, andererseits das erfolgreiche und deshalb geschlossene Auftreten bejaht.

Doch so positiv lassen sich diese Zahlen nicht werten. Die Tatsache, daß „Einigkeit und Geschlossenheit“ weit stärker gewünscht werden als früher, offenbart eine Scheu vor Konflikten, die demokratischem Denken fremd sein sollte.

Sicher ist, daß die Konfliktscheu vieler Bundesbürger deren politische Meinung prägt und deshalb die Wahlchancen jeder Partei herabsetzt, die von inneren Auseinandersetzungen erfüllt ist. Das galt für CDU und CSU zur Kreuthzeit, das gilt für die SPD im Jahre 1977 zu nahezu jeder Zeit.

Ob die Bundesbürger an einen Regierungswechsel noch vor den nächsten Bundestagswahlen glauben, versuchte das Hamburger Sample-Institut zu ergründen. Ergebnis:

Nach Ansicht der meisten Bundesbürger (65 Prozent) wird die Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahre 1980 durchhalten. Und dann?

Nur jeder dritte Deutsche rechnet wieder mit einer SPD/FDP-Koalition. Jeder zweite erwartet eine Alleinherrschaft der CDU/CSU.